



Bezirkskonferenz der Jusos Niederbayern

am 1. März 2020

in Deggendorf

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

D: Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik	2
<i>D1: Die Demokratie verdient es verteidigt zu werden!</i>	3
F: Feminismus und Gleichstellung	5
<i>F1: Für eine sozial gerechte Sportpolitik: Leistungssport inklusiv gestalten, Gleichstellung etablieren!</i>	5
I: Internationales und Frieden	8
<i>I1: Solidarity with Rojava</i>	8
N: Netzpolitik und Digitales	9
<i>N1: Dauerhafte Förderfonds für die deutsche Games-Branche</i>	9
S: Sozialpolitik	10
<i>S1: Pflege für Alle. Alle(s) für die Pflege.</i>	10
V: Verkehr, Mobilität und Infrastruktur	12
<i>V1: Die Bahn im Rottal aufwerten: Pfarrkirchen an Plattling und Burghausen anbinden</i>	12

D: Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
Antragssteller*in: Bezirksvorstand Jusos Niederbayern
Ansprechpartner: Severin Eder hello@severineder.eu

1 D1: Die Demokratie verdient es verteidigt zu werden!

2 Forderungen:

3

4 Änderungen der Beschlusslage von der Landeskonferenz der Jusos Bayern im Jahr 2013 und des
5 Juso-Bundeskongresses 2019

6

- 7 • Keine Abschaffung des Bundesamts für Verfassungsschutzes und der 16 Landesämter
- 8 • Verstärkung der bereits begonnen Reformen
- 9 • Erhöhte Transparenz und detailliertere parlamentarische Kontrolle
- 10 • Personelle Aufstockung und Priorisierung von Referaten gegen faschistische Bestrebungen

11

12 Begründung:

13

14 Die massiven Verfehlungen, die die Verfassungsschutzämter im Rahmen des NSU begannen
15 haben, sorgten für einen enormen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Zurecht kritisierten
16 Viele die Blindheit auf dem rechten Auge. Den Höhepunkt erreichte diese eingeschränkte Sicht
17 beim „Hase“-Video während fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz. Das damit
18 verbundene Interview mit Hans-Georg Maaßen, ehemaliger Präsident des BfVs, der nicht von
19 Hetzjagden auf Migrant*innen sprach, sorgte entgegen mehrheitlicher Berichterstattung mit
20 klaren Belegen für jene Hetzjagden, für Aufsehen. In der aktuellen Betrachtung der Behörde
21 dürfen diese Fehler nicht ungeachtet bleiben, jedoch dürfen auch die positiven Entwicklungen
22 nicht relativiert werden. Der neue Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas
23 Haldenwang traf weitreichende Entscheidungen im Bezug auf Reformen. So ist aktuell in Planung
24 die Frist für die Löschung von nicht akut ermittlungsrelevanten Akten von 10 auf 15 Jahre zu
25 erhöhen. Des Weiteren setzt sich Haldenwang ebenfalls für eine stärkere Beobachtung von
26 „Verdachtsfällen“ in Polizei und Bundeswehr ein. Dieser Kurs ist strikt fortzuführen, um das
27 Vertrauen in die Behörde zurückzugewinnen. Ebenfalls ist es notwendig an Transparenz zu
28 gewinnen. So muss dem Bundestag häufiger außerhalb von geheimen Gremien, im Rahmen des
29 Möglichen, Bericht erstattet werden. Der Präsident bzw. die jeweiligen Präsident*innen der
30 Verfassungsschutzämter sollen sich öfter als nur einmal im Jahr den Fragen der MdBs stellen
31 müssen.

32 Auch der Austausch mit zivilen Organisationen soll intensiviert werden. Der grausame Mord am
33 Kasseler Regierungspräsidenten, Walter Lübcke, oder der antisemitische Anschlag von Halle
34 (Saale) waren nur zwei Höhepunkte von faschistischen Anschlägen die das Jahr 2019 geprägt
35 haben. Das Bundesamt für Verfassungsschutz zählte im Bereich des „Rechtsextremismus“ im VS-
36 Bericht 2018 ein Potential von 12.700 gewaltbereiten Personen.

37 Allgemein ist ein steigendes Personenpotential in dieser Szene festzustellen. Zivile Träger im
38 Rahmen eines im Antrag von 2013 geforderten „Demokratie-Instituts“, das den
39 Verfassungsschutz ersetzen soll, ist hinsichtlich der wachsenden, aggressiven Gefahr von Rechts
40 lediglich Wunschdenken. Es bedarf rechtlich genau abgestimmte nachrichtendienstliche Mittel
41 und Aufklärung von ausgebildeten Beamt*innen, um Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.
42 Diese hoheitlichen Kompetenzen auf zivile Träger (spitzelnde Gesellschaft?) oder sogar die
43 Polizei zu übertragen wäre von höchster Gefahr. Die strikte Trennung zwischen Polizei und
44 Nachrichtendiensten ist, aufgrund der Vermeidung einer Superbehörde, stets einzuhalten.
45 Das BfV und die Landesämter müssen sich der erhöhten Gefahrenlage durch faschistische
46 Bestrebungen noch stärker im Klaren sein. Hierzu sollen bereits vorhandene Kapazitäten auf die
47 jeweiligen Referate umgelagert bzw. neue Stellen geschaffen werden. Die Einstellung dieser
48 neuen Verfassungsschützer*innen soll nun stärker denn je unter strengsten Bestimmungen
49 erfolgen. Auch wenn dies aus Sicherheitsgründen nicht klar belegbar ist, ist davon auszugehen,

50 dass die Verfassungsschutzämter bereits viele Angriffe auf unsere freiheitlich demokratische
51 Grundordnung vereiteln konnten. Rechte Gewalttäter – vor allem auch aus der
52 Kampfsportszene, bereiten sich immer häufiger auf den Tag X vor. Der Tag an dem die
53 Demokratie überwunden wird. Lassen wir es nicht dazu kommen! Die Verfassungsschutzämter
54 haben Fehler gemacht und müssen kontinuierlich reformiert werden, jedoch darf diese Behörde,
55 aufgrund ihrer Wichtigkeit, nicht abgeschafft werden.

F: Feminismus und Gleichstellung

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Antragssteller*in: Bezirksvorstand Jusos Niederbayern

1 F1: Für eine sozial gerechte Sportpolitik: Leistungssport inklusiv 2 gestalten, Gleichstellung etablieren!

3

4 7,5 Millionen Euro verdienen Männer in der Fußball Bundesliga im Durchschnitt pro Jahr. Dabei
5 sind meist noch keine Prämien für Siege oder Einnahmen durch Sponsor*innen integriert. Im
6 Gegensatz dazu ist der Gesamtetat für das Frauenteam des FC Bayern für eine Saison mit 1.5
7 Millionen Euro gerade einmal so groß wie das Monatsgehalt von Robert Lewandowski. Diese
8 Ungleichverteilung zwischen den Geschlechtern im Profifußball spiegelt sich nahezu in allen
9 Sportarten wider und ist symptomatisch für die ungleiche Behandlung von Sportlerinnen und
10 Sportlern.

11 Sportlerinnen müssen neben ihrem Hauptberuf im Profisport immer noch nebenbei ein zweites
12 Standbein für die Zeit nach ihrer Karriere aufbauen, dabei haben sie, ebenso wie die Männer,
13 das Recht von ihrem Beruf leben zu können. Diese Ungleichbehandlung zwischen den
14 Geschlechtern wollen wir aufbrechen.

15 Gleichzeitig wird im Sport nicht nur zwischen den Geschlechtern diskriminiert, sondern auch
16 zwischen vermögenden Haushalten und jenen, die nicht vermögend sind. So ist der Einstieg in
17 diverse Sportarten kostenintensiv, beispielsweise durch hohe Anschaffungskosten für
18 Sportgeräte und Trainer*innen, ebenso wie durch diverse Ausgaben wie Platzmieten im Tennis
19 oder Reisekosten im Alpinsport. Entsprechend ist der Zugang zu diversen Sportarten beschränkt
20 auf jene, die es sich leisten können, was gerade im oberen Amateursegment zu Problemen führt,
21 weil Trainer*innen dort mit horrenden Kosten zu Buche schlagen. Hier setzen wir an, indem wir
22 für einen inklusiven Zugang zu professionellen Trainings und guter Infrastruktur im oberen
23 Amateursportsegment sorgen.

24 Und zuletzt besteht eine Ungleichbehandlung zwischen den Sportarten infolge unterschiedlicher
25 Popularität: Während Breitensport aus öffentlichen Geldern finanziert wird, werden zahlreiche
26 olympische Sportarten kaum bezuschusst, sodass Sportler*innen mit ihrem privaten Vermögen
27 für Trainer*innen und Sportgeräte aufkommen müssen, selbst wenn sie es zu Olympia geschafft
28 haben. In der Konsequenz diskriminiert die deutsche Sportförderung Sportarten nach
29 Popularität. Indem wir professionellen Sportler*innen finanziell den Rücken freihalten, sorgen
30 wir mit folgendem Antrag für eine Gleichstellung der olympischen Disziplinen.

31

32 **Sportförderung verbessern – Übergänge von Amateursport zu Profisport** 33 **ermöglichen**

34 Um einen fließenden Übergang von Elite Amateuren zum Profisport zu gewährleisten, soll es die
35 Aufgabe der Landkreise und Bezirke sein, Stützpunkte für sämtliche olympische Disziplinen
36 einzurichten. Dabei soll auf eine bedarfsgerechte Verteilung der Stützpunkte geachtet werden.
37 Wird eine Sportart beispielsweise in einem Landkreis in größerer Zahl ausgeübt, so macht die
38 Bündelung auf Kreisebene durch einen Stützpunkt Sinn. Finden sich hingegen lediglich auf
39 Bezirksebene ausreichend Sportler*innen für die Gründung eines Stützpunkts, so stellt dieser die
40 geeignete geographische Einheit für die Etablierung eines Stützpunkts dar. Stützpunkte
41 charakterisieren wir dabei als Sportfördermaßnahmen, die geeignete Trainingsinfrastruktur, wie
42 Trainer*innen, Sportgeräte und Plätze zur Verfügung stellen, um den Übergang zum Profisport

43 zu gewährleisten. Für die Etablierung von Stützpunkten wird demnach die Anzahl der Kinder und
44 Jugendlichen, die herausragende Ergebnisse in ihren Altersklassen und Sportarten erzielen,
45 benötigt. So kann entschieden werden, ob der Stützpunkt auf Landkreisebene oder auf
46 Bezirksebene sinnvoller ist.

47 Die Stützpunkte finanzieren die Sportinfrastruktur und stellen den Sportler*innen Sportmittel
48 und gut ausgebildete Trainer*innen zur Verfügung. An den Stützpunkten soll es den
49 Spitzensportler*innen ermöglicht werden, dass sie sich voll und ganz auf ihren Sport
50 konzentrieren und nicht nebenbei noch arbeiten müssen.

51 Der Betrag der für diese Stützpunkte aufgewendet werden soll, muss gerecht auf die
52 verschiedenen Sportarten aufgeteilt werden. So können auch noch unbekanntere Sportarten
53 gefördert werden und die Sportler*innen sind nicht auf eine private Sponsorsuche
54 angewiesen, sondern werden bestmöglich unterstützt.

55 Wichtig ist auch, dass paralympische Sportarten gleichermaßen gefördert werden müssen.

56 Die Stützpunkte auf Landesebene mit Jugendleistungszentren sollen mit den ansässigen Schulen
57 und Hochschulen Kooperationen abschließen, sodass die Bildung der Kinder und Jugendlichen
58 nicht zu kurz kommt. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Schulzeiten an die
59 Trainingszeiten angepasst werden können und es keine Probleme mit Freistellungen für
60 Wettkämpfe gibt.

61 Abgesehen von der schulischen Ausbildung ist es von großer Bedeutung, dass die Kinder und
62 Jugendlichen gut betreut werden und man ihnen Zeit gibt, sich zu entwickeln und am Stützpunkt
63 einzugewöhnen.

64 Auf Landesebene wollen wir Leistungszentren etablieren. Der Nachwuchs für die
65 Leistungszentren auf Landesebene kommt aus den Stützpunkten auf Bezirks- beziehungsweise
66 Kreisebene.

67 Es muss sichergestellt werden, dass die Förderung unabhängig von Geschlecht, Herkunft,
68 Religion, Hautfarbe, Sexualität und der finanziellen Situation stattfindet. So schafft man
69 Chancengleichheit und gibt allen Talenten die gleichen Chancen ihr Potenzial voll
70 auszuschöpfen.

71
72 Außerdem ist es wichtig, dass die Menschen, die in einer Sportart herausragende Fähigkeiten
73 besitzen, diese auch nutzen können und sich während ihrer Karriere auf den Sport fokussieren
74 können.

75 Der Spitzensport muss ausfinanziert werden! Wir sehen es als nicht möglich an sich sowohl auf
76 Arbeit als auch auf den Sport zu hundert Prozent konzentrieren zu können. Daher müssen auch
77 Sportler*innen für ihren Beruf angemessen entlohnt werden. Außerdem müssen ihnen die
78 Trainer*innen und die Trainingsstätten zur Verfügung gestellt werden, sowie die Teilnahme an
79 Wettbewerben ermöglicht werden.

80 So wird erreicht, dass auch Nischensportarten gefördert werden und die Sportler*innen sich
81 keine Sorgen um essentielle Dinge, wie Trainer*innen machen müssen.

82
83

84 **Profisport**

85 Um über Profisport reden zu können, müssen wir uns zunächst auf eine Definition darüber
86 einigen, was wir unter Profisport verstehen. Wir definieren Profisport im Folgenden als diejenige
87 Teilmenge des Sports, in welcher Athlet*innen zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen keinem
88 zusätzlichen Normalarbeitsverhältnis nachgehen können und daher auf finanzielle Förderung
89 angewiesen sind. Entsprechend umfasst unsere Definition von Profisport das obere Quantil der
90 Sportler*innen einer geographischen Region. Im Breitensport, beispielsweise im Fußball, ist die
91 genannte Menge an Sportler*innen selbstredend größer als in zahlreichen Nischensportarten
92 und kann, neben den Spieler*innen der Bundesliga-Teams, auch Spieler*innen der sog.
93 Amateurligen, bspw. der Regionalligen, enthalten. In den Nischensportarten ist die Gruppe der

94 Profi-Athlet*innen kleiner. Die Gruppe der Profi-Athlet*innen umfasst nach unserer Definition
95 jedenfalls jene Sportler*innen, die bei anerkannten, internationalen Wettbewerben, im
96 plastischsten Beispiel den Olympischen Sommer- und Winterspielen, prestigeträchtigen
97 Turnieren, Wettkämpfen und Rennen auftreten. Unsere Definition des Profisports grenzt sich
98 nicht durch das reale Einkommen der Athlet*innen vom Amateursport ab, sondern durch
99 anhand einer de facto Berufsstellung bei ausreichender Ausstattung der Athlet*innen mit
100 finanziellen Mitteln.

101

102 Während bei der häufig gewählten Definition des Profisports als Berufssport ein
103 Marktmechanismus automatisch für ausreichende Gehälter sorgt, indem schlichtweg derjenige
104 Teil des Sports als professionell bezeichnet wird, der hinreichende Gehälter zahlt, ist nach
105 unserem Verständnis eine ausreichende Finanzierung zwar notwendig für die Ausübung von
106 Sport auf professionellem Niveau, keinesfalls aber gegeben. Um zu gewährleisten, dass Sport auf
107 professioneller Ebene unabhängig der finanziellen Ausstattung, und damit unabhängig vom
108 Elternhaus, von Ersparnissen oder von der Partner*innenschaft, betrieben werden kann,
109 **fordern wir die Etablierung eines Branchenmindestlohns im Segment Profisport.**

110 Dieser stellt mittels verbindlicher Lohnuntergrenze eine Mindestversorgung der
111 Profisportler*innen sicher und gewährleistet, neben der Ausübung des Sports, auch eine gewisse
112 Armutsfestigkeit im Anschluss an die sportliche Karriere. Einen Branchenmindestlohn erachten
113 wir dahingehend als notwendig, da die Branche Profisport sich durch die geringere Verweildauer
114 in nicht unerheblichem Maße von klassischen Branchen abhebt: Während häufig der gewählte
115 Ausbildungsberuf ein Leben lang, oder jedenfalls über mehrere Jahrzehnte, ausgeübt werden
116 kann, verweilen Profisportler*innen durch kurze Leistungshochs nur relativ kurz im
117 Profisegment, sodass das Lebenseinkommen des klassischen Mindestlohns keinesfalls als
118 Äquivalenzeinkommen angenommen werden kann. Vielmehr kann unterstellt werden, dass die
119 körperliche Leistungsfähigkeit nach etwa 10 Jahren erschöpft ist, und der*die Profisportler*in
120 anschließend die Bühne wieder verlässt, wobei selbstredend einige Ausnahmen bestehen, die
121 für die Ausgestaltung eines Mindestlohns als Lohnuntergrenze jedoch keine Rolle spielen.
122 Gleichzeitig besteht die „Ausbildung“ im Segment Profisport durch jahrelanges Training im
123 Amateursegment, sodass hinsichtlich der Qualifikation der Profisport durchaus mit Berufen mit
124 Universitätsabschluss verglichen werden kann.

125 Die Höhe des Branchenmindestlohns richtet sich nach dem Äquivalenzeinkommen, welches eine
126 Person mit vergleichbarem Abschluss in einem anderen Segment erzielt. Hierbei erachten wir
127 einen Universitätsabschluss am ehesten für gleichwertig. Dieser erzielt ein Lebenseinkommen
128 von ca. 1 Million EUR. Unter der Annahme, dass Spitzensportler*innen 10 Jahre im Profisport
129 verweilen und anschließend noch 30 Jahre in einem qualifikationsfremden Segment arbeiten, in
130 welchem sie ein Jahreseinkommen von 20.000 EUR p.a. erzielen, müssen Sportler*innen ein
131 Jahreseinkommen von mindestens 40.000 EUR während der aktiven Sportkarriere erzielen, um
132 das Äquivalenzeinkommen eines Jobs mit Universitätsabschluss zu erzielen. Dementsprechend
133 **fordern wir einen Branchenmindestlohn in Höhe von 40.000 EUR pro Jahr.**

134 Somit ist sichergestellt, dass Karrieren im Profisport unabhängig von Vermögen, Elternhaus und
135 Partner*innenschaft möglich sind.

136

137 **Gleichstellung der Geschlechter im Spitzensport**

138 Unter Gleichstellung (Equal Pay) verstehen wir, dass Frauen in der jeweils gewählten Sportart
139 das gleiche verdienen wie Männer in ihrer jeweiligen Sportart. Entsprechend wollen wir
140 vergleichsweise (mit ihren männlichen Kollegen) unbekannte Damentteams fördern und ihnen
141 die Möglichkeit einräumen, sich zu professionalisieren. Wir unterscheiden dabei im Folgenden
142 zwischen Teamsportarten und Einzelsportarten.

143 Für Teamsportarten erachten wir es als sinnvoll, den Etat des Vereins in zwei gleich große Töpfe
144 zu unterteilen. Dabei muss der Etat des männlichen Teams dem des weiblichen Teams

145 entsprechen. Entsprechend müssen Gehaltszahlungen aus dem Topf des weiblichen Teams
146 jenen des männlichen Teams entsprechen. Im Durchschnitt verdienen Frauen dann das, was
147 Männer im Durchschnitt verdienen. Dies mag zu Einschnitten bei den männlichen Teams führen,
148 wertet aber den Frauensport deutlich auf und kann in zahlreichen Sportarten, beispielsweise
149 dem Fußball, dazu führen, international eine Vorreiter*innenrolle einzunehmen.
150 Bei olympischen Disziplinen werden gleiche Pauschalsätze für die Förderung festgelegt.
151 Unabhängig der Geschlechter werden identische Prämien für Medaillengewinne ausgezahlt. Dies
152 stellt insbesondere Nischensportarten mit dem Breitensport gleich.

I: Internationales und Frieden

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Antragssteller*in: UB Jusos Passau

1 I1: Solidarity with Rojava

2

3 Wir erklären uns solidarisch mit den Kurd*innen im Norden von Syrien und verurteilen den
4 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei in dieser Region auf das Schärfste. Wir
5 honorieren dabei vor allen Dingen die Verdienste der kurdischen Kämpfer*innen im Einsatz
6 gegen den Islamischen Staat, bei dem nicht zuletzt auch die Sicherheit von Europäer*innen
7 verteidigt wurde. Im Lichte der Aktivitäten von Erdogans Türkei in der Region müssen
8 Waffenlieferungen gestoppt werden, dürfen wirtschaftliche Sanktionen gegen die Türkei kein
9 Tabu darstellen und auch die Nato-Partnerschaft mit einem Despoten wie Erdogan ist kritisch
zu hinterfragen.

N: Netzpolitik und Digitales

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Antragssteller*in: UB Jusos Passau

1 N1: Dauerhafte Förderfonds für die deutsche Games-Branche

2

3 Daddeln, zocken, gamen, spielen – es gibt viele Begriffe für die Tätigkeit, die viele von uns
4 bereits während der Kindheit geprägt hat. Egal ob man sich auf die Suche nach kleinen Monstern
5 begab, Fußballturniere abhielt, eine Klemptnerparty feierte oder das perfekte Leben simulierte:
6 Videospiele prägen damals wie heute zahlreiche Menschen auf der ganzen Welt – ca. 35
7 Millionen davon alleine in Deutschland (Stand 2019).

8 Betrachtet man den Markt für Videospiele aus wirtschaftlicher Sicht, fällt einem auf, dass der
9 deutsche Markt mit einem Jahresumsatz von 3,148 Milliarden Euro (ausgeschlossen Hardware)
10 den größten in Europa und den fünftgrößten Markt weltweit darstellt. Bei genauer Analyse der
11 Zahlen stellt man den äußerst geringen Anteil an deutschen Entwickler*innen am Heimatmarkt
12 fest: lediglich 135 Millionen Euro, also ein Prozentanteil von 4,3 %; Tendenz sinkend.

13 Deutschland ist für die Entwicklung von Videospiele enorm unattraktiv. Im Durchschnitt ist die
14 Entwicklung hier um 30% teurer als in vergleichbaren Staaten. Das wohl größte Problem für, vor
15 allem klein- und mittelständische Entwicklungsunternehmen, ist die finanzielle Umsetzung
16 solcher Projekte. Die Entwicklung von qualitativ hochwertigen Games ist ein langwieriger
17 Prozess und dauert oft mehrere Jahre. Der bayerische Staat stellt den Entwickler*innen jährlich
18 insgesamt drei Millionen Euro an Fördermittel zur Verfügung; auf Bundesebene konnten
19 Fördersummen bis zu 200.000 Euro beantragt werden.

20 Aktuell ist jedoch nicht mal sicher, ob diese Fördersummen im nächsten Bundeshaushalt
21 verankert werden. Beachtet man nunmehr am Beispiel Red Dead Redemption (RockstarGames),
22 dass die Entwicklung von Videospiele bis zu 100 Millionen Dollar oder mehr kosten kann,
23 wirken die Fördersummen der Regierung marginal. Jedoch sind auch diese geringen Gelder, vor
24 allem für kleinere Studios, enorm wichtig und tragen fundamental zu einer notwendigen
25 Planungssicherheit für die jahrelange Erstellung von Spielen bei.

26 Erschwerend dazu kommt der Fachkräftemangel in diesen Bereichen – oft wird nur ein
27 überschaubares Studienangebot an privaten Universitäten angeboten; vereinzelt auch
28 Ausbildungsberufe. Oft entsprechen diese nicht den notwendigen Standards um einen
29 problemlosen Einstieg in die Branche zu ermöglichen. Verbunden mit der oft fehlenden
30 Sicherheit der Unternehmen, ist die Bezahlung in Deutschland branchenunterdurchschnittlich.
31 Gaming ist nicht nur einer der umsatzstärksten Zukunftsmärkte und Vorreiter im Bereich der
32 vielseitig einsetzbaren künstlichen Intelligenz, aber vor allem auch Kultur. Games bringen
33 Menschen weltweit zusammen, Games fördern den Zusammenhalt im Team. Games geben
34 einem die Möglichkeit in Welten abzutauchen und eine Auszeit vom stressigen Alltag zu
35 nehmen. Für viele eine Leidenschaft, für manche eine Gelegenheitsbeschäftigung, gehört das
36 Potenzial der Videospiele in Deutschland genutzt. Die Politik muss es endlich schaffen, den
37 Studios eine Zukunftsperspektive zu bieten. Vor allem in Niederbayern ist dies bisher überhaupt
38 nicht der Fall. Beim Gespräch mit einem Mitarbeiter aus der Branche fiel auf:
39 Niederbayern hat kein nennenswertes Studio.

40

41 Forderung: Einrichtung eines unbefristeten Förderfonds (Bundesebene) in angemessener
42 Höhe für die Entwickler*innen zur gleichwertigen Herstellung von Videospiele und
43 potentielle Bildungseinrichtungen, um Ausbildungsberufe bzw. Studienangebote in einer
44 angemessenen Qualität zu garantieren. Die bestehende Landesförderung in Bayern ist
45 dementsprechend anzupassen, um die genannte Forderung zu gewährleisten

S: Sozialpolitik

Adressat*innen: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Antragssteller*in: UB Jusos Passau

1 S1: Pflege für Alle. Alle(s) für die Pflege.

2

3 Die Bundesrepublik sieht sich im Jahr 2019 mit 3,4 Millionen Pflegebedürftigen konfrontiert, die
4 Zahl wird erwartungsgemäß in den nächsten Jahren steigen und wird für 2060 mit einer Zahl von
5 4,6 Millionen prognostiziert. Demgegenüber stehen aktuell rund 1,1 Millionen Beschäftigte in
6 der Pflegebranche, hauptsächlich Frauen und größtenteils in Teilzeit beschäftigt. Der
7 Durchschnittsverdienst dieser Berufsgruppe liegt aktuell bei Vollzeit ca. bei 2.600 € brutto,
8 variiert aber abhängig von Bundesland und Region gravierend. Während für die
9 Pflegebedürftigen und deren Angehörigen die finanziellen Eigenanteile bei stationärer Pflege
10 stetig steigen – selbst im ländlich geprägten Niederbayern abseits der größeren Städte sind über
11 2000€ monatlich keine Seltenheit – ist die deutsche Pflegelandschaft eine beliebte Spielwiese für
12 in- und ausländische Investor*innen zur Maximierung ihrer Rendite. Gleichzeitig ruhen 5,17
13 Milliarden Euro im Pflegevorsorgefond und warten bedächtig auf die eigene Wertminderung,
14 statt das jährliche Defizit der sozialen Pflegeversicherung (2018: ca. 3 Milliarden Euro) zu
15 begleichen. Dem häufig deklarierten „Pflegetotstand“ und dem Personalengpass in der Branche
16 wird mit politischem Stückwerk wie dem Pflegepersonalstärkungsgesetz begegnet, welches
17 obendrein dann nur träge umgesetzt wird und durch verspätete Zustellung von Bescheiden
18 Einrichtungen und Träger*innen finanzielle Schwierigkeiten bereitet, statt Personalprobleme zu
19 beheben. Durch die Einführung der generalistischen Ausbildung steigt die Unsicherheit im
20 Bereich der Ausbildung, also der zentralen Strategie gegen den Fachkräftemangel, die
21 Anwerbung ausländischer Fachkräfte ist durch komplizierte und langwierige
22 Anerkennungsverfahren aufwändig und mit der Umstellung auf Prüfungen mittels dem
23 indikatorengestützten Qualitätssystem werden Mitarbeiter*innen vor zusätzliche
24 Herausforderungen gestellt.

25 Gerade um den skizzierten Missständen konsequent zu begegnen und zukunftsgerichtete
26 Konzepte entgegenzustellen, ist eine klare Positionierung der Sozialdemokratie unerlässlich. In
27 einem klassischen Feld der Sozialpolitik in dem die Interessen von Beschäftigten, Angehörigen
28 und Pflegebedürftigen gegen Gewinnmaximierung und die freie Kraft des Marktes zu verteidigen
29 sind, kann die SPD nicht zuletzt auch ihr eigenes Profil schärfen und verlässliche Partnerin von
30 Bürger*innen sein.

31

32 Zur Umsetzung sind einige zentrale Weichenstellungen nötig:

33

34 1. Gesetzliche Maßnahmen im Pflegebereich müssen umgehend und strukturiert umgesetzt
35 werden. Die Kritik am PpSG ist vielerorts berechtigt, so bleibt fraglich woher die zusätzlichen
36 Pflegekräfte kommen sollen und ob durch die Reform nicht eher Beschäftigte mit
37 Mehrarbeitsstunden beladen werden, statt neue Kolleg*innen begrüßen zu können. Vor allem
38 ist aber anzumerken, dass bei einer geplanten finanziellen Entlastung von Träger*innen und
39 Einrichtungen die Hilfe auch umgehend erfolgen muss. Wenn tatsächlich neues Personal
40 eingestellt und bezahlt wird, die Rückvergütung aber über mehrere Monate stockt, bringt man
41 die Betroffenen in eine missliche Lage und lastet unnötigerweise finanzielles Risiko auf die
42 Stützen des Systems. Wenn die Bundesregierung wirksame oder zumindest mildernde

43 Maßnahmen erlässt, müssen diese auch die Nutznießer*innen im angekündigten Zeitrahmen
44 erreichen. Dafür zu streiten, ist ehrenhafte Aufgabe der SPD.
45

46 2. Solidarische Finanzierung: Die Kostensteigerung des Eigenanteils bei stationärer Pflege muss
47 gestoppt werden und eine Deckelung des Betrags erfolgen. Nur so wird die finanzielle Belastung
48 von Pflegebedürftigen und Angehörigen vermieden, Unsicherheiten beseitigt und Angespertes
49 verteidigt. In der aktuellen Situation werden bei Einzug in eine Pflegeeinrichtung die mühsam
50 erwirtschafteten Geldbeträge der Pflegebedürftigen abgebaut, bis die betroffenen Personen in
51 die Sozialhilfe rutschen und somit die kommunalen Gebietskörperschaften belasten.
52 Perspektivisch soll die Pflegeversicherung freilich zur Bürger*innenversicherung umgestaltet
53 werden, sodass alle in den selben Topf einzahlen und alle Einkommensarten berücksichtigt
54 werden. Im Zuge dessen ist die Pflegeversicherung zur Vollversicherung umzugestalten, um den
55 Zugang zu adäquater Pflege schlicht für Alle zu ermöglichen.
56

57 3. Kommunale Pflege-Infrastruktur: Die Kommunen müssen sukzessive und nachhaltig bei der
58 Schaffung von Pflegeinfrastruktur unterstützt werden. Dazu gehört die Gewährleistung von
59 Beratungsangeboten genauso, wie die Förderung eigener Pflegestützpunkte. Zur Finanzierung
60 soll der Pflegevorsorgefond aufgelöst werden und die Beitragsgelder zweckgebunden an die
61 Kommunen ausgegeben werden. Das Geld wird dann dafür eingesetzt, wofür es gedacht ist: Für
62 die Sicherstellung eines flächendeckenden Pflegeangebots.
63

64 4. Tarifvertrag für Alle: Wir brauchen dringend einen flächendeckenden Tarifvertrag für die
65 Pflegebranche, der für alle Beschäftigten in der stationären und ambulanten Pflege gilt. Dieser
66 Tarifvertrag muss gleichermaßen regionale Lohnunterschiede beheben, Mindeststandards
67 sichern und Ausbeutung verhindern. Außerdem soll eine gesetzliche Personalbemessung in der
68 Altenpflege für zusätzliche Sicherheit sorgen. Durch einen Tarifvertrag soll privaten Anbietern
69 der „Wettbewerbsvorteil“ niedriger Löhne zur Steigerung der Rendite genommen werden und
70 wohlfahrtsverbandliche, kommunale und staatliche Strukturen gefördert werden.
71

72 5. Zur weiteren Stärkung der Rolle der Mitarbeiter*innen in der Pflege ist die Fortschreibung und
73 Ausweitung der „Charta der Rechte von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen“ dringend
74 geboten. Auch die Beschäftigten sollen hier deutlich erfasst und deren Rechtssicherung
75 zusätzlich betont werden. Für die Schlagkraft dieser Maßnahme ist freilich die Erklärung der
76 Verbindlichkeit der sog. Pflege-Charta notwendig, nur so kann die Rechtsstellung beider
77 betroffenen Gruppen, der Pflegebedürftigen wie der Beschäftigten, abgesichert werden.
78 Umfassende Aufklärung und Kontrolle sind dafür obligatorisch.
79

80 6. Streichung des Vorrangs von privaten und freigemeinnützigen Trägern aus dem SGB streichen:
81 Der Staat muss dazu berechtigt sein, selbst Pflegeeinrichtungen anzubieten und zu betreiben.
82 Die im SGB XI formulierte Regelung, dass freigemeinnützige und private Träger*innen zu
83 bevorzugen sind, soll gestrichen werden. In einer solidarischen Gesellschaft ist die Sicherstellung
84 von Pflegeinfrastruktur ehrenhafte Aufgabe der Gesellschaft und damit des Staates. In der
85 Entscheidung, dieses Angebot zu schaffen, soll er frei sein und nicht von anderen Akteuren
86 beeinträchtigt werden. Natürlich sind gemeinnützige und wohlfahrtsverbandliche
87 Pflegeeinrichtungen und deren Träger*innen trotzdem entscheidende Stützen unseres
88 Sozialstaates und traditionelle Bündnispartner*innen unserer Sozialdemokratie.
89

90 7. Letztlich braucht es für eine neue Perspektive der Pflege auch einen neuen Blick auf die
91 Situation. Dazu müssen wir gemeinsam für eine positivere Wahrnehmung streiten. Statt
92 anstrengender Schichtarbeit, mäßiger Vergütung und Personalengpässen sollen fortan auch

93 Weiterbildungsmöglichkeiten, hohe Jobsicherheit und der soziale Charakter der Arbeit betont
94 werden. Gegen die unstrittigen Probleme in dem Bereich definieren wir Sozialdemokrat*innen
95 freilich ohne Vorbehalte Lösungsansätze, legen aber gleichermaßen Wert auf die positiven
96 Seiten der Arbeit im Sinne unserer Gesellschaft. Abschließend geben wir den Pflegebedürftigen,
97 den Beschäftigten und den Angehörigen mit Nachdruck das höchste Gut unserer politischen
98 Arbeit, nämlich unsere Solidarität.

V: Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

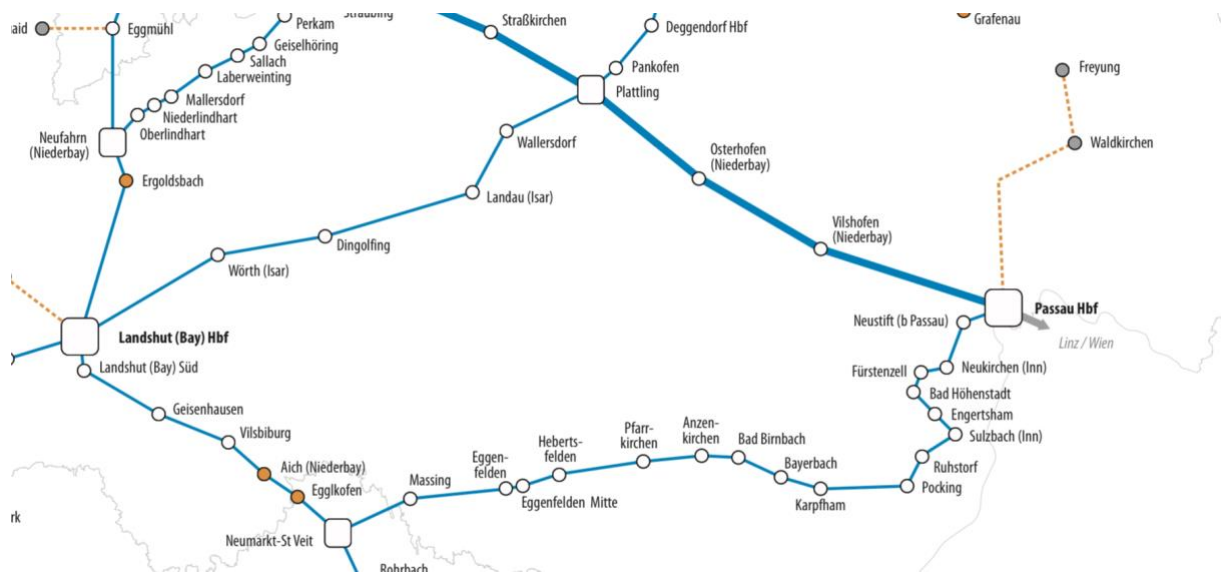
Adressat*innen: SPD-Bezirksparteitag
Antragssteller*innen: KV Jusos Rottal-Inn

1 V1: Die Bahn im Rottal aufwerten: Pfarrkirchen an Plattling und 2 Burghausen anbinden

3
4 Im Zuge der globalen Erwärmung diskutiert die Politik zahlreiche Maßnahmen zur
5 Begrenzung des Ausstoßes an CO₂. Nicht selten wird dabei auf Alternativen zum
6 motorisierten Individualverkehr verwiesen. Gerade im ländlichen Raum sind jene
7 Alternativen jedoch mangels vernünftiger Bus- und Bahnverbindungen nicht verfügbar,
8 sodass letztlich doch wieder auf das Auto als Verkehrsmittel erster Wahl zurückgegriffen
9 werden muss. Hier muss die Politik gegensteuern und Alternativen aufzeigen.

10
11 Gerade in Niederbayern, und besonders in Rottal-Inn, ist die Schienenverkehrsinfrastruktur
12 dürftig. Mit der Rottalbahn zwischen Passau und Neumarkt besteht zwar auf dem Papier
13 eine Verbindung, die jedoch aufgrund zahlreicher Zwischenhalte, kurviger Streckenführung
14 und eingleisiger Verbindung kaum eine Alternative zum PKW darstellen kann. Gleichzeitig
15 besteht in Pfarrkirchen und Eggenfelden kein vernünftiger Anschluss an das
16 Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn, ICEs fahren erst in Passau und München ab, was
17 zunächst eine Bahnreise von circa 90 Minuten erforderlich macht.

18
19 Mit Plattling verfügt Niederbayern über einen zentral gelegenen ICE-Halt, der die Strecke
20 Wien – Nürnberg bedient und hervorragend angebunden ist. Gleichzeitig existiert keine
21 Quertraverse zwischen Pfarrkirchen und Plattling.
22 Dies führt zur ungünstigen Situation, dass Orte wie Deggendorf, Dingolfing, Landau,
23 Straubing, Regensburg und Nürnberg nur über große Umwege mit der Bahn erreichbar sind,
24 beispielsweise über Neumarkt St. Veit und Landshut. Auch sind die Hochschulstandorte
25 Pfarrkirchen und Deggendorf, ebenso wie die Universitätsstädte Straubing und Regensburg,
26 nur schlecht angebunden. Während die Fahrt von Pfarrkirchen nach Regensburg mit dem
27 PKW etwa 90 Minuten benötigt, dauert es mit der Bahn nahezu doppelt so lange.



28
29

Abbildung 1 Schienennetz in Niederbayern

30 Wir fordern daher den Ausbau des Schienenverkehrsnetzes in Niederbayern dahingehend,
 31 dass eine zusätzliche Bahnstrecke zwischen Plattling über Pfarrkirchen bis nach Burghausen
 32 gebaut wird. Damit werten wir die Bahn zur tatsächlichen Alternative zum PKW für
 33 Studierende, Arbeiter*innen (beispielsweise bei Wacker in Burghausen, Lindner in Arnstorf,
 34 BMW in Dingolfing) und Reisende (die durch den Anschluss deutlich schneller nach Wien
 35 kommen, ebenso wie zum zentralen Verkehrsknotenpunkt in Nürnberg, der hervorragend
 36 angebunden ist, als auch über Regensburg nach Prag) auf.
 37 Die Bereitschaft der Bundespolitik, massiv in Bahn und Schiene zu investieren, stellt eine
 38 einmalige Gelegenheit für das ländliche Niederbayern dar, endlich vernünftig an das
 39 Bahnnetz angeschlossen zu werden, die wir uns nicht entgehen lassen sollten.
 40 Als Zwischenlösung schlagen wir die Bedienung der Strecke mit Bussen vor, um kurzfristig
 41 Alternativen zum PKW anzubieten und für den Umstieg auf alternative Verkehrsmittel zum
 42 PKW zu werben.